



## Inhaltsverzeichnis

Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV	3
08.08.2025 Ostsee-Zeitung.de: Für Milliarden-Investitionen braucht MV Reformen	4
EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	5
07.08.2025 ZEIT online: Kernkraft: SPD rechnet in Kürze mit Erlaubnis für Atommülltransporte	6

## Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV

Newsletter "Politik in Mecklenburg-Vorpommern"

## Für Milliarden-Investitionen braucht MV Reformen

### Guten Morgen!

Milliarden Euro sollen vom Bund nach MV fließen. Doch Geld allein schafft keine Brücken und löst keine Strukturprobleme, machte **Axel Hochschild**, Präsident der Handwerkskammer Ostmecklenburg-Vorpommern, auf dem Hanse Sail Business Forum in Rostock deutlich. Es brauche Reformen für Bürokratieabbau und Planungsbeschleunigung. Dinge, die die Politik in der Hand hat.

Reformen angehen, Mut zur Veränderung haben und sich vertrauen, das sind Ziele, die Politik und Wirtschaft verfolgen sollten. Das wurde auf dem Forum deutlich. Dass das nicht immer leicht ist, zeigt die jüngste Vergangenheit. Beispiel: Die versprochene Stromsteuersenkung für alle, die jetzt auf das produzierende Gewerbe begrenzt ist. „Das war ein Schlag ins Kontor. Die Bundesregierung muss zurück auf Kurs und zu ihrem Wort stehen“, sagte **Holger Schwannecke**, Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerkes.

Und auch die laut IHK zu Rostock von der Landesregierung an den Bundesrat adressierten Vorschläge für Änderungen im Vergaberecht hatten bei der regionalen Wirtschaft eher Kritik ausgelöst als Vertrauen. „Wir wollen auf keinen Fall Änderungen im Vergaberecht, die gegen unsere Wirtschaft sind“, sagte dann auch Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** (51, SPD).

Das Hanse Sail Business Forum hat gezeigt, wie wichtig es ist, dass Politik und Wirtschaft sich austauschen. Es braucht den Willen von allen, endlich Veränderungen herbeizuführen. Also jetzt Regeln streichen und Mut zur Lücke haben.

### Vox Populi

Unser Artikel zu den Auswirkungen der verlängerten Kontrollen an der deutsch-polnischen Grenze hat Sie am Donnerstag am meisten interessiert. Hier noch einmal zum Nachlesen: [Polen verlängert Grenzkontrollen – die Fol-](#)

[gen für Tank-Touristen, Urlauber und Polenmarkt-Kunden](#)

Wir wünschen Ihnen einen schönen Freitag. Bis morgen, Ihre

### Anja Levien

Sie haben Themen, Informationen, Dokumente, zu denen Sie eine Recherche für sinnvoll erachten? Oder sonstige Anregungen, wie wir diesen Newsletter für Sie noch wertvoller machen können? Wir freuen uns über Post von Ihnen an [chefredaktion@ostsee-zeitung.de](mailto:chefredaktion@ostsee-zeitung.de).

### Abonnieren Sie auch

[Unsere „5in5“-Newsletter](#): Erhalten Sie von Montag bis Freitag die fünf Themen, die am Tag in Ihrer Region wichtig werden. Immer am Morgen kostenlos in Ihrem E-Mail-Postfach.

OZ

Wörter:	313	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	Anja Levien	Ausgabe:	Einzelausgabe
Rubrik:	Mecklenburg-Vorpommern	Visits (VpD):	3.413.557 <sup>1</sup>
Medienkanal:	ONLINE		
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		
Weblink:	<a href="https://www.ostsee-zeitung.de/mecklenburg-vorpommern/fuer-milliarden-investitionen-braucht-mv-reformen-KNK3XMVLQ5BPHDG2O4PNZG6A7A.html">https://www.ostsee-zeitung.de/mecklenburg-vorpommern/fuer-milliarden-investitionen-braucht-mv-reformen-KNK3XMVLQ5BPHDG2O4PNZG6A7A.html</a>		

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 06-2025

# EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 ZEIT online

## Kernkraft: SPD rechnet in Kürze mit Erlaubnis für Atommülltransporte

7. August 2025 12:34 | Medienart: Online | Visits/Monat: 74.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Die offizielle Genehmigung der umstrittenen **Atommülltransporte** von Jülich ins Zwischenlager Ahaus im Münsterland steht nach Einschätzung der SPD-Opposition kurz bevor. Die SPD gehe davon aus, dass das **Bundesamt** für die Sicherheit der **nuklearen Entsorgung (BASE)** in Berlin die Genehmigung bis Mitte August erteilen werde, sagte der stellvertretende Landtagsfraktionschef Alexander Vogt in Düsseldorf. Die Vorbereitung der Transporte dürfte dann noch sechs bis acht Wochen dauern.

Die Castortransporte würden nicht nur in den nächsten Wochen und Monaten, sondern möglicherweise die nächsten vier bis acht Jahre mitten durch NRW rollen, sagte Vogt. Denn in Jülich lagern aus einem früheren Versuchsreaktor rund 300.000 Brennelemente-Kugeln in 152-Castor-Behältern. Die Einzeltransporte können auch gebündelt werden.

Das **BASE** hatte bereits vor wenigen Wochen mitgeteilt, dass die **Atommülltransporte** ab dem vierten Quartal des laufenden Jahres möglich sein könnten. Das müssten aber die jeweiligen Länderbehörden entscheiden, wenn die Genehmigungen erteilt seien. Geplant seien Schwertransporte auf der Straße.

«Die **Atommülltransporte** tragen ein schwarz-grünes Kennzeichen», sagte Vogt. Er warf der Landesregierung vor, über zwei Jahre bei den Bemühungen um den Bau eines neuen Zwischenlagers in Jülich untätig geblieben zu sein.

CDU und Grüne hatten in ihrem Koalitionsvertrag geschrieben: «Wir setzen uns für eine Minimierung von **Atomtransporten** ein.» Im Fall der in Jülich lagernden Brennelemente wolle die schwarz-grüne Koalition die Option eines Neubaus eines Zwischenlagers dort vorantreiben.

Allerdings hatte die Ampel aus SPD, Grünen und FDP im Bund 2022 die Priorisierung des Transports der Castoren nach Ahaus beschlossen, sofern NRW nicht die über den Transport hinausgehenden Mehrkosten für den Neubau eines Zwischenlagers trage.

Die Mehrkosten wurden auf rund 400 Millionen Euro geschätzt. Von der Landesregierung sei keine Absichtserklärung für eine Kostenübernahme gekommen, sagte Vogt. Für das bestehende Zwischenlager in

Jülich ist die letzte Betriebsgenehmigung schon 2013 ausgelaufen.

Die Kosten für den Transport werden auf etwa 150 Millionen Euro geschätzt - nach Ansicht der SPD ist das zu wenig. Denn in der Summe seien nicht die Kosten für Polizei und Sicherheit enthalten. «Wir werden eine Vielzahl von Polizistinnen und Polizisten haben, die die Transporte absichern müssen», sagte Vogt. Vermutlich müssten Polizisten auch aus anderen Bundesländern oder auch die Bundespolizei hinzugezogen werden. Aus Sicht der SPD liege das alles nicht im Sicherheitsinteresse des Landes und der Menschen. Die **Atomtransporte** seien auch verkehrstechnisch ein Problem, sagte Vogt.

Der geplante Transport des **Atommülls** nach Ahaus ruft seit langem Proteste von Anwohnern und Aktivisten hervor. Ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) in Münster Ende 2024 hatte die Rechtmäßigkeit der Lagerung in Ahaus bestätigt. Die Stadt Ahaus und ein Anwohner waren mit einer Klage vor dem OVG gescheitert.

2023 fand eine aufwendige Probefahrt auf der gut 170 Kilometer langen Strecke statt: Der Schwertransport eines leeren Castor-Behälters wurde von einem großen Polizeiaufgebot begleitet.

---